



## Fw: Antwort auf ihre Fragen

20.08.2023 10:34

Von helmut pustolla <hpustolla@gmx.de>  
An h.pustolla@t-online.de <h.pustolla@t-online.de>

---

Helmut Pustolla  
Theodor-Heuss-Ring 53  
97215 Uffenheim

Mobil: 0170/7341442  
Fon: 09842/9532947  
Mail: hpustolla@gmx.de

**Gesendet:** Freitag, 18. August 2023 um 12:58 Uhr  
**Von:** "Harry Scheuenstuhl Privat" <Scheuenstuhl.Harry@online.de>  
**An:** "helmut pustolla" <hpustolla@gmx.de>  
**Betreff:** Antwort auf ihre Fragen

Bitte um Ihre Stellungnahme zu den Themen: „Hausärzte - Unverzichtbar und gut - aber selten“ „Fachärzte: Weit weg und ohne Termine 1“ „Notärzte: Standort Uffenheim - Quo vadis“.

*Spezielle Fragen zu den Themen: Ärztlicher Nachwuchsmangel: Die konkrete Regelung der Hochschulzulassung erfolgt durch Landesrecht. Die Länder entscheiden über die Zahl der Studienplätze und regeln das Bewerbungs- und Vergabeverfahren. Was halten Sie von der Idee, alternativ zur Ausbildung durch Bayern, Medizinstudenten das Studium im Ausland z.B. in Varna, Bulgarien etc., zu finanzieren mit der Verpflichtung, später als Vertragsarzt hier auf dem Land zu praktizieren?*

Es muss unser Ziel sein, dass unsere Studenten in unserem Land nach unseren Kriterien ausgebildet werden.

Leider hat die bayerische Staatsregierung den Ausbildungsbereich sträflich vernachlässigt.

In Bayern arbeiteten im Jahr 2020 66.000 Ärzte, davon stammen aus Rumänien 4433, Syrien 4486, Griechenland 2811, Russland 2321, Österreich 2381 und Türkei kommen

1213.

Ich unterstütze die SPD Forderung nach mehr Studienplätzen in Bayern. Hier hätten CSU und FW viel entschiedener handeln müssen, dann würde sich die von ihnen

gestellte Frage erübrigen. Jetzt gilt es schnell zu handeln.

*Ärztlicher Versorgungsmangel auf dem Lande nach Raum und Zeit: Uffenheim liegt in der Mitte einer ca. 1.500 km<sup>2</sup> großen facharztfreien Zone. Behandlungstermine werden z. T. verweigert oder mit monatelangen Wartezeiten vergeben. Welche Anreize können auf Landesebene für Vertragsärzte geschaffen werden?*

Die KVB hat die Aufgabe übernommen Facharzttermine zu vereinbaren, damit keine längere Wartezeit entsteht.

Von der Homepage:

***Zeitnaher Termin ohne lange Wartezeiten***

*Die Terminservicestelle vereinbart für den Anrufer innerhalb einer Woche einen **Behandlungstermin** bei einem Arzt oder Psychotherapeuten.*

*Die **Wartezeit** zwischen dem (ersten) Anruf und dem vereinbarten Termin beträgt maximal fünf Wochen.*

*Von dieser 5-Wochen-Frist **ausgenommen** sind alle Routine- und Vorsorgeuntersuchungen sowie Bagatellerkrankungen. Tel 116117*

Als ihr Abgeordneter für den Stimmkreis werde ich mich sofort darum kümmern, wenn dieses Versprechen nicht eingehalten wird.

Ansonsten sehe ich nur die Möglichkeit grundsätzlich mehr niedergelassene kassenärztliche Fachärzte zuzulassen. Ob sich diese dann in unserem Bereich niederlassen werden, ist zu hinterfragen.

Ein vergleichbares Model gibt es ja bei den Hausärzten.

Ob es allerdings möglich sein wird, einen bestimmten Ort vorzuschreiben, sehe ich als fraglich an.

*Erhöhter Versorgungsbedarf vs. fehlgesteuerte  
Notarztsituation: Der steigende Bevölkerungsanteil der  
Senioren 65+ und besonders der Hochbetagten 85+ führt zu  
einem überproportionalen Versorgungsbedarf von  
Notarzdiensten. Wie soll die gesetzlich geforderte  
„planerisch kürzeste Fahrtzeit vom Notarztstandort“ erfüllt  
werden?  
Wie kann auf Landesebene die von der KVB vorgeschriebene  
Schließung des Notarztstandorts Uffenheim verhindert  
werden?*

Es ist mit Sicherheit ein falscher Weg Notarztstandorte zu schließen. Ihrer Analyse stimme ich voll und ganz zu.

Es sind mindesten zwei Faktoren zu beachten. Zum einen eine mögliche Kosteneinsparung und zum anderen das Fehlen von Notärzten.

1. „Kosteneinsparung ohne das Patientenwohl zu berücksichtigen“

Soweit mir bekannt ist, hat keine übergeordnete Stelle die Schließung des Notarztstandortes Uffenheim gefordert.

Es war einzig und allein die Entscheidung des Rettungszweckverbandes Ansbach hier eine

„Kosteneinsparung durch die Schließung zu erreichen“.

Es gibt ja einen Vergleichsfall im Landkreis Fürth. Dort wurde der Notarztstandort Langenzenn im

Planungsgutachten bereits aufgegeben.

Der Rettungszweckverband Nürnberg hält trotzdem an dem Standort fest.

2. Gewinnung von Notärzten

- Die KVB hat sich verpflichtet Notärzte bereit zu stellen. Sollte die KVB dazu nicht in der Lage sein, wäre eine Änderung des Systems anzustreben.
- Anpassung des Studiums, so dass grundsätzlich jeder Arzt/in nach dem Abschluss der Ausbildung automatisch Notarzt ist. Die Alternative wäre, dass er die Qualifikation nach einer gewissen Zeit nachweisen muss.

- Jeder Arzt mit Kassenzulassung wird dazu verpflichtet auf dem Land Notarztdienste leisten. Ein Einsatz nur in Stadtnähe erfüllt diese Forderung nicht.
- Das Einkommen eines Notarztes auf dem Land ist meistens geringer als im städtischen Bereich, da die Einsatzzahlen geringer und die Fahrtstrecken wesentlich länger sind. Hier ist eine Anpassung dringend erforderlich.

Ich verspreche ihnen, dass ich mich im Landtag, vor Ort und in Gesprächen mit den Verantwortlichen dafür einsetzen werde, dass der Standort Uffenheim erhalten bleibt.

*Harry Scheuenstuhl,*

Abgeordneter a.D.  
BRK 1. Stellv. Mittelfranken- u.  
Oberfr.  
BRK Keisvorsitzender NEA -  
BW  
SGK Landesschatzmeister  
SPD – UB Fürth stellv.  
Vorsitzender  
SPD Mfr. Beisitzer

Hohenlohestr. 7  
91452 Wilhermsdorf  
Tel: 09102 1300  
Scheuenstuhl.Harry@online.de